

## K-1NEU Zukunft wird GRÜN geschrieben

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 03.11.2018

Tagesordnungspunkt: 2. „Zukunft wird GRÜN geschrieben“ – Leitantrag zur Kommunalwahl 2019 mit Generaldebatte und Abstimmung

### Antragstext

#### 1 Zukunft wird GRÜN geschrieben

2 Kommunalpolitik ist die Wurzel bündnisgrüner Politik in Sachsen-Anhalt. Aus  
3 Initiativen vor Ort heraus, die sich um Umweltschutz und Demokratisierung im  
4 Großen und ganz konkreten kümmern gründeten sich in unserem Land BÜNDNIS 90/  
5 DIE GRÜNEN. Diese Basis ist uns nicht nur Vermächtnis, sie ist uns eine wichtige  
6 Aufgabe und eine Stärke unserer Partei. Noch heute sind Bürgerinitiativen und  
7 Vereine vor Ort unsere stärksten Partner, wenn es um die Gestaltung von Zukunft  
8 für Sachsen-Anhalt geht.

9 Denn wer unsere Gesellschaft ökologischer, gerechter und demokratischer machen  
10 will, muss vor Ort beginnen. Hier können wir Menschen für unsere Ideen gewinnen,  
11 ihnen zeigen, dass mit grünen Ideen reale Politik gemacht werden kann, die die  
12 Kommune besser macht.

13 Wir stärken die Kommunen, damit sie eine attraktive und lebenswerte Heimat sind.  
14 Lokale Institutionen wollen wir von der Freiwilligen Feuerwehr über örtliche  
15 Besonderheiten bis zum Ehrenamt unterstützen.

16 In den Gemeinden und Kommunen begegnen sich Mandatsträger\*innen und Bürger\*innen  
17 so konkret und direkt, wie nirgends sonst. Darin liegen Chancen für die  
18 Gesellschaft, das kann helfen Politikmüdigkeit zu überwinden, wenn es gelingt,  
19 die Anliegen und Bedürfnisse der Menschen direkt in die kommunalen Gremien zu  
20 transportieren. Wir wollen Instrumente und Verfahren dafür stärken und die  
21 Bürger\*innen so weit wie möglich beteiligen.

22 Die Kommunalwahl 2019 stellt uns gerade in Zeiten einer zunehmenden  
23 gesellschaftlichen Spaltung einerseits und einer Politik(er\*innen)verdrossenheit  
24 andererseits vor enorme Herausforderungen. Aber sie bietet auch die Möglichkeit  
25 gemeinsam mit allen demokratischen Kräften die Diskussion wieder in den  
26 Mittelpunkt der politischen Debatten. Digitaler Hass und digitale  
27 Verunsicherungen lösen nicht die Probleme in den Kommunen und lassen die  
28 Menschen unbeachtet, die jeden Tag daran arbeiten unser Land ein bisschen besser  
29 zu machen. Wir wollen, dass das Netz zur Vernetzung der Menschen vor Ort dient  
30 (z.B. zur Vermarktung regionaler Produkte) und nicht der Spaltung unseres  
31 Landes. Für uns ist klar: Die Werte unseres Grundgesetzes leben und verteidigen  
32 wir online und offline. Daher begreifen wir die Digitalisierung als Chance  
33 kommunale Probleme zu lösen und bürgerschaftliches Engagement zu fördern

34 Dafür ist es wichtig, dass sich alle Bevölkerungsgruppen in den kommunalen  
35 Gremien gut vertreten fühlen. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gehen voran. Wir bewegen  
36 Frauen, zu den Ratswahlen zu kandidieren. Gerade für sie braucht es jedoch  
37 veränderte Rahmenbedingungen, hier fordern wir Änderungen in den kommunalen  
38 Satzungen. Echte Demokratie schließt niemanden aus und bemüht sich aktiv um

39 aktive Beteiligung der gesamten Gesellschaft. Aber auch für kommunale  
40 Mandatsträger\*innen müssen angemessene Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

41 Wir sorgen mit unseren paritätisch aufgestellten Wahllisten dafür, dass es ein  
42 gutes Angebot an Kandidat\*innen aus allen Bereichen der Gesellschaft gibt und  
43 wir gestalten gemeinsam unseren Wahlkampf so, dass dieses Angebot auch  
44 angenommen wird. Dabei wollen wir transparent zeigen, wer die Menschen sind, die  
45 für uns zur Wahl stehen.

46 Wir stellen uns in Sachsen-Anhalt auch in den Kommunen einer Verrohung der  
47 politischen Kultur entgegen. Wir arbeiten ein lösungsorientiertes und  
48 kommunikatives Klima in den Räten, weil das den Menschen nutzt. Wir machen  
49 Angebote, die das Leben verbessern. GRÜN stärkt Sachsen-Anhalt.

50 Wir fordern Sie dazu auf, mitzumachen und sich einzumischen, denn nur gemeinsam  
51 können wir unsere Kommunen zukunftsfest gestalten. Informieren Sie sich,  
52 diskutieren Sie mit, stellen Sie sich auf und vor allem: gehen Sie am 26. Mai  
53 2019 wählen und entscheiden Sie sich dabei für eine demokratische Partei!

## 54 Zukunft mit grünen Kommunen

55 Sachsen-Anhalt ist ein großes Land mit sehr verschiedenen Naturräumen. Stadtgrün  
56 und Landschaft – die Kommunen haben mit sehr verschiedenen ökologischen  
57 Herausforderungen zu tun. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass jeder Umgang mit  
58 Landschaft und Naturraum vom Gedanken der Nachhaltigkeit geprägt ist. Wir tragen  
59 Verantwortung für das Land und die Natur, die wir unseren Nachkommen  
60 hinterlassen.

61 Der Klimawandel stellt uns vor eine der größten Herausforderungen der Zukunft,  
62 auf die wir auch in unseren Kommunen reagieren müssen. Die Reduzierung von CO<sub>2</sub>-  
63 Emissionen durch Energieeffizienz, die Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen  
64 und ressourcenschonendes Wirtschaften kommen langfristig auch den kommunalen  
65 Haushalten zugute. Zugleich müssen auch Anpassungsstrategien für den Umgang mit  
66 bereits jetzt absehbaren Folgen der Klimaerwärmung verfolgt werden.  
67 Hochwasserschutz und der Umgang mit Wassermangel und mit dem Klima in den  
68 Gemeinden sind dabei besondere Herausforderungen. Um diesen zu begegnen kann es  
69 für Kommunen sinnvoll sein, eine\*n Klimamanager\*in einzustellen, der\*die mit  
70 Sachverstand den Klimaschutz koordiniert und vorantreibt.

71 Wir wehren uns gegen Flächenfraß und Flächenversiegelungen. Ländliche Kommunen  
72 müssen auf die Einhaltung der Breite von Wegrandstreifen bestehen. Der Einsatz  
73 von Pestiziden auf Friedhöfen, in Parks, an Wegrändern und auf anderen  
74 kommunalen Flächen ist auf das unbedingt notwendige zu beschränken. Den Einsatz  
75 von Glyphosat lehnen wir ab. Dem Insektensterben muss auch im urbanen Raum etwas  
76 entgegengesetzt werden. Kommunen sollen überall extensiv gepflegte Blühflächen  
77 vorhalten. Wir möchten überall wo möglich Streuobstwiesen und  
78 Schulgartenprogramme fördern.

79 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Landgrabbing (spekulativer Kauf von Agrarflächen)  
80 möglichst verhindern. In diesem Bereich sind besonders Bund, Land und Wirtschaft  
81 gefragt. Doch auch Kommunen können in diesem Bereich Standards setzen, unter  
82 denen sie Flächen verkaufen.

83 Städte und Gemeinden wollen wir mittels ganzheitlicher Stadtentwicklung  
84 nachhaltig gestalten.

85 Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- 86 • nachhaltiges Wirtschaften im Naturraum
- 87 • klimasensible Kommunen
- 88 • kommunale Klimaanpassungsstrategien
- 89 • Blühstreifen und -flächen, Pestizidverzicht, Streuobstwiesen und  
90 Schulgärten
- 91 • kein Verkauf von kommunalen Flächen zu spekulativen Zwecken

## 92 **Zukunft mit nachhaltigem kommunalem** 93 **Verkehrskonzept**

94 Der Klimawandel ist in vollem Gange - mit massiven Folgen: Klimazonen  
95 verschieben sich, Dürre und Versteppung breiten sich aus und heftige Unwetter  
96 nehmen zu. Regionen auf der ganzen Welt sind davon bedroht. Verantwortlich für  
97 diesen gefährlichen Prozess ist vor allem das Treibhausgas Kohlenstoffdioxid  
98 (CO<sub>2</sub>), das bei der Verbrennung von Kohle und Erdöl entsteht. Der Verkehr ist  
99 heute einer der größten Produzenten von CO<sub>2</sub>. Daher gehört zur Energiewende auch  
100 eine Verkehrswende.

101 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine Umsetzung eines nachhaltigen  
102 Verkehrskonzepts ein. Dies erreichen wir, indem wir Voraussetzungen schaffen,  
103 damit Verkehr vermieden, auf den Umweltverbund aus Fußverkehr, Radverkehr und  
104 ÖPNV verlagert, und technisch verbessert wird.

105 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Städte lebenswerter machen, in dem wir sie so  
106 gestalten, dass möglichst viele Bürger\*innen auch ohne Auto mobil sein können.

107 Wir wollen:

- 108 • das Radwegenetz ausbauen und durch überregionale Verbindungen Ober- und  
109 Mittelzentren an die Umgebung anschließen.
- 110 • Straßenraum fußgänger\*innenfreundlich gestalten durch Einführung von  
111 Zonen, in denen alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sind  
112 (Gemeinschaftsstraßen, shared space).
- 113 • Einbahnstraßen für Radfahrer\*innen freigeben und Fahrspuren umwidmen.
- 114 • den Bau von Fahrradstationen fördern.
- 115 • sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Haltestellen, in Wohn- und  
116 Einkaufs-quartieren schaffen.
- 117 • die Stellplatzsatzung novellieren.
- 118 • die kommunalen Stellplatzsätzen novellieren, damit auch  
119 Radabstellanlagen zur Pflicht werden.

120 **Öffentlicher Personennahverkehr und Motorisierter**

121 **Individualverkehr:**

- 122 • die Attraktivität des ÖPNV steigern. Dieser soll gut ausgebaut, dicht  
123 getaktet, zuverlässig, sicher und sauber sein.
- 124 • dessen Finanzierung sicherstellen und dafür sorgen, dass er für alle  
125 bezahlbar bleibt. Neue Finanzierungsmodelle wie Beitrags- oder  
126 Umlagefinanzierung wollen wir zusammen mit den Bürgern diskutieren und  
127 abstimmen.
- 128 • die Einführung von digital verfügbaren sog. Handytickets.
- 129 • ein flächendeckendes Netz von Stromladestationen für Elektroautos und  
130 Pedelecs.

131 **Zukunft mit guter kommunaler Infrastruktur**

132 Lebensqualität hängt auch vom Zustand der kommunalen Infrastruktur ab. Die  
133 begrenzten Mittel sollen dafür transparent, konzentriert und nachhaltig  
134 eingesetzt werden. Die kommunale Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor  
135 für Unternehmen und Grundlage für die individuelle Mobilität. Der Erhalt von  
136 Straßen, Wegen sowie der leitungsgebundenen Versorgung ist eine große  
137 Herausforderung für die Kommunen. Die Beteiligung von Bürger\*innen an den Kosten  
138 von Ausbau und Erhalt ist einer der großen Streitpunkte in der Kommunalpolitik.  
139 Wir wollen, dass die Beteiligten vor Ort sowohl an den Entscheidungen als auch  
140 den Kosten beteiligt werden.

141 Für uns gilt das Credo Straßenerhalt vor Straßenausbau. Bei Neu- und Umbauten  
142 sind an den gestiegenen Anforderungen des Radverkehrs und der Barrierefreiheit

143 Rechnung zu tragen. Dies gilt insbesondere für Haltestellen des öffentlichen  
144 Personennahverkehrs.

145 Der Zugang zu schnellem Internet wird für Bürger\*innen wie auch Wirtschafts- und  
146 Wissenschaftsstandorte immer wichtiger. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betrachten en  
147 Breitbandausbau als Daseinsfürsorge. Wir fordern daher den flächendeckenden  
148 Anschluss mit 100 Mbit/s und orientieren uns dazu auf Glasfaser in Stadt und  
149 Land. Außerdem wollen wir Lücken im Mobilfunknetz schließen.

150 Im öffentlichen Raum setzen wir uns für mehr Standorte mit offenem WLAN und  
151 Freifunk ein. Die Kommunen sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen.

152 Die Digitalisierung der Kommunen ist das Gegenteil vom Ziehen einer Wartenummer.  
153 Kommunale und behördliche Dienstleistungen sind allumfassend auch online  
154 anzubieten (z.B. App-Angebote, Online-Konsultationsverfahren, E-Petitionen). Das  
155 Land muss mit einem eGovernmentgesetz verlässliche Strukturen und Standards  
156 bereitstellen und damit alle Maßnahmen bündeln, die digitale Sicherheit  
157 gewährleistet und Behördengänge abseits von Öffnungszeiten und  
158 Verwaltungsstandorten durchgehend ermöglicht.

159 Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- 160 • den Erhalt von Straßen statt dem Neubau
- 161 • die Verlagerung von Verkehr auf die Schienen
- 162 • Lärmschutz an Zugtrassen
- 163 • den Breitbandausbau in der Fläche
- 164 • frei zugängliches Internet im öffentlichen Raum
- 165 • eGovernment in Stadt und Land

## 166 **Zukunft mit mehr finanzieller Sicherheit für die** 167 **Kommunen**

168 Die finanzielle Lage der Kommunen in Sachsen-Anhalt ist sehr unterschiedlich.  
169 Eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik liegt in der Eigenverantwortung der  
170 Kommunen. Selbstverständlich müssen die Kommunen im Land auskömmlich finanziert  
171 werden. Die durchgeführten Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes hat vielen  
172 Kommunen Verlässlichkeit und Planbarkeit verschafft. Trotzdem befinden sich  
173 immer noch zahlreiche Kommunen in finanziell prekären Situationen und sind  
174 „auskonsolidiert“.

175 Leider verlangen die Kommunalaufsichten immer noch Einschnitte bei den  
176 freiwilligen Leistungen, dem Kernstück der kommunalen Selbstverwaltung, sowie  
177 die Erhöhung von Beiträgen und Abgaben bis zur Kostendeckung. Dabei ist  
178 anzumerken, dass es in den Kommunen wenige Bereiche gibt, die  
179 betriebswirtschaftlich korrekt gerechnet, einen 100%igen Kostendeckungsgrad  
180 haben. Diese Defizite werden traditionell und verständlich hingenommen.

181 Am leichtesten für die Kommunen ist das Drehen an der Steuerschraube durch  
182 Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuer. Beide sind in Sachsen-  
183 Anhalt für uns nur in geringem Umfang erhöhbar.

184 Es muss ein funktionierendes Altschuldenmanagement etabliert werden, damit  
185 angeschlagene Kommunen die Aussicht haben, wieder auf die Beine zu kommen.

186 Wegweisend dafür kann das Modell der „Hessenkasse“ sein. Zur Lösung der  
187 Altschuldenproblematik der Kommunen sind Land und Bund gefragt. Wir unterstützen  
188 jede Form des Protestes von Landkreisen und Kommunen, sich hier Gehör zu  
189 verschaffen.

190 Die Ausgabenseite wird bestimmt durch die Personalkosten und die laufenden  
191 Sachkosten. Die Ausgaben für die freiwilligen Leistungen liegen bei unter 6%,  
192 teilweise weit darunter. Es ist nicht zu akzeptieren, dass bei  
193 Bedarfszuweisungen und Liquiditätshilfen durch das Land teilweise Absenkungen  
194 auf 2 % gefordert werden.

195 Das Konnexitätsprinzip – wer bestellt, zahlt – ist konsequent einzuhalten.  
196 Allerdings wirkt es nur in die Zukunft.

197 Im Unterschied zu den Kommunen haben Landkreise keine eigenen Steuereinnahmen.  
198 Die Haupteinnahmequellen sind Zuweisungen von Bund und Land sowie die  
199 Kreisumlage. Vielerorts wird zu Recht beklagt, dass die Berechnung der  
200 Kreisumlage nicht transparent ist. Wir unterstützen Kommunen, die hier Klarheit  
201 schaffen wollen.

202 Nicht zu akzeptieren sind weitere Einschränkungen bei den freiwilligen  
203 Leistungen. Der Konsolidierungsdruck wird damit nur weitergereicht. Gerade die  
204 meist geringen Zuschüsse an Vereine und Initiativen, welche einen äußerst  
205 wichtigen Beitrag zum Ortsleben leisten, haben eine weit über die finanzielle  
206 Unterstützung hinausgehende Bedeutung. Darüber hinaus darf es nicht sein, dass  
207 die verfassungsrechtlich garantierte Hoheit der Kommunen über ihre Finanzen  
208 durch Auflagen ausgehöhlt wird.

## 209 Bürger\*innenhaushalt

210 Mit dem Bürger\*innenhaushalt soll die Möglichkeit gegeben werden, sich an der  
211 Erstellung des kommunalen Haushalts zu beteiligen. Das Verfahren dazu ist  
212 öffentlichkeitswirksam und transparent durchzuführen. Es soll die Möglichkeit  
213 geschaffen werden, auch über konkrete Projekte abzustimmen bzw. die Reihenfolge  
214 der Umsetzung festzulegen.

## 215 Gender Budgeting

216 Und ein wichtiger Bereich darf nicht durch eine enge Haushaltsführung weiter  
217 außen vor bleiben: das Gender Budgeting. Gender Budgeting ist die Anwendung des  
218 Gender Mainstreaming – der Strategie zur Förderung der Gleichstellung der  
219 Geschlechter – im Haushaltsprozess, wodurch Einnahmen und Ausgaben mit dem Ziel  
220 der Geschlechtergleichstellung umverteilt werden. Ohne Gender Budgeting ist eine  
221 erfolgreiche Gleichstellungspolitik kaum möglich. Wir werden uns für die  
222 Etablierung des Gender Budgeting in den Haushalten einsetzen. Die enge

223 Haushaltsführung darf die Einführung von Gender Budgeting nicht verhindern oder  
224 hinauszögern.

## 225 Kommunale Wirtschaft und Wirtschaftsförderung

226 Hauptaugenmerk der kommunalen Wirtschaftspolitik lag bisher auf dem  
227 Konkurrenzkampf um überregionale Ansiedlungen. Die mit hohem Flächenverbrauch  
228 und Bodenversiegelung verbundenen Vorleistungen belasten noch heute viele  
229 kommunale Haushalte.

230 Der Schwerpunkt der kommunalen Wirtschaftspolitik muss deshalb zum einen auf die  
231 Unterstützung von Existenzgründungen und Start-Ups gelegt werden. Die Kommunen  
232 sollten ihre Möglichkeiten zur Unterstützung neuer Unternehmen voll ausschöpfen.  
233 Besonders mit den Hochschulen haben die Kommunen dazu einen potenten Partner.

234 Zum anderen gilt es mit einer aktiven Bestandssicherung den ansässigen  
235 Unternehmen ihre Entwicklungschancen zu erhalten und ihren Verbleib zu sichern.  
236 Dazu gehören die Unterstützung bei Erweiterung oder Umbaus sowie bei der  
237 Regelung der Unternehmensnachfolge.

238 Die Herausforderung der Digitalisierung zur Modernisierung der Wirtschaft muss  
239 auch kommunal vorangetrieben werden. Breitbandversorgung gehört dazu genauso wie  
240 die Offenheit für neue Geschäftsmodelle und unkonventionelle Ideen.

241 Einzelhandel und Gastronomie sind wichtige Zielpunkte in der Innenstadt. Bei der  
242 Stadtentwicklung und der Gestaltung eines vitalen Ortskerns kommen den  
243 kommunalen Wohnungsunternehmen eine besondere Rolle zu. Sie müssen ihre  
244 Spielräume dafür nutzen.

245 Wir wollen auch neue Wertschöpfungsstrategien für die ländlichen Räume mit  
246 regionalen Vermarktungen, lokalen Marken und Dorfgemeinschaftsläden schaffen.

## 247 Stadt- und Kreissparkassen als starker Partner in der Region

248 Die kommunalen Finanzinstitute sind ein wichtiger Partner für Menschen und  
249 regionale Wirtschaft. Durch ihre Kenntnisse der örtlichen Gegebenheiten haben  
250 sie eine besondere Nähe zu ihren Kund\*innen. Trotz Kostendrucks und  
251 fortschreitender Digitalisierung haben die Sparkassen als kommunales Unternehmen  
252 eine besondere Verantwortung, ein kundennahes Filialnetz aufrecht zu erhalten.  
253 Für Existenzgründer\*inenn müssen die Sparkassen ein starker Partner sein.

## 254 Tourismusförderung

255 Natur-, Kultur-, Rad- und Städtetourismus sind wichtige Wirtschaftsfaktoren für  
256 unsere Kommunen. Die landschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen sind in  
257 ganz Sachsen-Anhalt reichhaltig gegeben. Die Biosphärenreservate und Natura2000-  
258 Gebiete, die UNESCO-Welterbestätten, der Harz und sein Umland sowie Elbe, Saale  
259 und Unstrut sind beliebte Ferien- und Ausflugsziele. Die Kommunen müssen im  
260 Tourismus enger kooperieren, mit dem Ziel, durch attraktive Angebote die Gäste  
261 gemeinsam in der Region zu halten.

262 Gerade im Radtourismus gilt es, noch Potenziale zu heben. Bei Wegweisung,  
263 Wegebeschaffung und E-Tankstellen gibt es in unserem Land erheblichen

264 Nachholbedarf. Die Kommunen sind in der Pflicht, ihren Beitrag zu einer modernen  
265 Radinfrastruktur zu leisten.

## 266 Divestment – verantwortlich investieren

267 Wir wollen, dass sich Kommunen ihrer moralischen Verantwortung für den  
268 Klimawandel bewusst werden. Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kommunen  
269 dazu auf, ihre Investitionen aus fossilen Energien abzuziehen und in nachhaltige  
270 Geldanlagen zu investieren.

271 Wir GRÜNEN setzen uns ein für:

- 272 • die Einhaltung des Konnektivitätsprinzips
- 273 • die Durchsetzung von Gender Budgeting
- 274 • grüne Wirtschaftsförderung mit Fokus auf kleine und mittlere Unternehmen  
275 sowie auf Existenzgründer\*innen
- 276 • eine naturnahe Tourismusförderung
- 277 • das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment)

## 278 Zukunft in lebenswerten Kommunen

### 279 Bürger\*innenbeteiligung

280 Wir wollen Menschen ehrlich und ernsthaft an der Ausgestaltung unserer  
281 Demokratie teilhaben lassen. Deshalb treten wir für die aktive Beteiligung aller  
282 Einwohner\*innen in politischen Entscheidungsprozesse ein. Bürger\*innen sollen  
283 frühzeitig informiert und in die Planungen einbezogen werden. Kontinuierlich  
284 arbeitende Gremien wie Kinder und Jugend-, Migrant\*innen-, Senior\*innen- oder  
285 Behindertenbeiräte sollen flächendeckend geschaffen und um punktuelle  
286 Beteiligungsverfahren wie Bürger\*innenforen, Zukunftswerkstätten oder  
287 Bürger\*innenbefragungen ergänzt werden. Die Mitwirkungsmöglichkeiten müssen so  
288 konzipiert sein, dass sie zur breiten Teilnahme einladen. Um so viele Menschen  
289 wie möglich miteinbeziehen zu können, sollen Informationen der Verwaltung für  
290 Bürger\*innen auch in leichter Sprache veröffentlicht werden. Zudem sollen  
291 öffentliche Sitzungen im Internet übertragen werden, Sitzungsprotokolle, -  
292 unterlagen, Beschlüsse, sowie Amtsblätter im Internet offen zugänglich sein. In  
293 kommunalen Gremien und Bürger\*innenversammlungen sollen außerdem das Frage- und  
294 Rederecht für Bürger\*innen erweitert werden. Amtsblätter sollen neben  
295 Beschlüssen auch die Sicht der Fraktionen, Vereinen und Bürgerinitiativen  
296 darstellen. Ein Bürger\*innenhaushalt bietet neben Transparenz die Möglichkeit,  
297 Spar- und Investitionsvorschläge der Bevölkerung in Haushaltsentscheidungen  
298 miteinzubeziehen.

### 299 Frauen

300 50% der Macht den Frauen – das ist unser Credo. Dieses Ziel wollen wir  
301 langfristig auch in der Kommunalpolitik erreichen. Daher wollen wir kommunale

302 Fraktionen und Verwaltungen dazu anregen, dass es durch veränderte  
303 Sitzungszeiten, Kinderbetreuung und die Möglichkeit der Elternzeit für kommunale  
304 Mandatsträger\*innen auch Eltern und insbesondere Müttern möglich ist, sich für  
305 ein kommunales Mandat zu entscheiden. Geschlechterparität in öffentlichen  
306 Ämtern, Ausschüssen und Aufsichtsgremien ist unser Ziel.

307 Kommunale Verwaltungen, die Geschlechterparität in der Verwaltungsspitze  
308 umsetzen, erfüllen eine Vorbildfunktion für die Gesellschaft. Für kommunale  
309 Verwaltungen muss es selbstverständlich sein, Frauen die gleichen Einstellungs-  
310 und Aufstiegschancen wie Männern zu ermöglichen. Dazu gehören flexible,  
311 familienfreundliche Arbeitszeitmodelle inklusive Arbeitszeitverkürzungen, die  
312 für alle kommunalen Arbeitnehmer\*innen attraktiv gestaltet werden.

### 313 Kinder und Jugendliche

314 Kinder und Jugendliche wollen mitreden und mitgestalten. Auch junge Menschen  
315 sollen immer dann am Entscheidungsprozess beteiligt werden, wenn sie unmittelbar  
316 betroffen sind. Werden sie an Entscheidungen beteiligt, können Kinder und  
317 Jugendliche diese besser nachvollziehen und deren Ergebnisse mehr wertschätzen.  
318 Mit Räumen zur Selbstgestaltung können sich Kinder und Jugendliche zudem  
319 identifizieren und somit an ihre Umgebung binden. Zu diesem Zwecke wollen wir  
320 Kinder- und Jugendparlamente einrichten, welche in den Gemeindeversammlungen  
321 Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht erhalten.

322 Auch für Kitas und Schulen fordern wir, das Machtgefälle zwischen Angestellten,  
323 Eltern und Kindern zu lockern und damit die Mitbestimmung der Kinder zu  
324 ermöglichen. In Kitas und Schulen lernen Kinder die Gesellschaft im Kleinen  
325 kennen und können somit Demokratie direkt erleben. Wir setzen uns daher für  
326 Demokratieförderung in Kitas und Schulen ein.

### 327 Ehrenamt

328 Das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Bürger\*innen in verschiedensten  
329 Bereichen unterstützen und wertschätzen wir. Es zeigt uns, dass sich Menschen in  
330 ihrer unmittelbaren Umgebung für andere Menschen einbringen wollen. Besonders  
331 für Ehrenamtliche im Bereich der Feuerwehr oder der DLRG stellt ihr Ehrenamt  
332 einen großen Teil des Lebens dar. Ihre Familien müssen zugunsten des Engagements  
333 häufig zurückstecken, während die Ehrenamtlichen Leben retten. Uns ist es daher  
334 wichtig, eine echte Anerkennungskultur zu entwickeln, bei der Ehrenamtliche  
335 beispielsweise ermäßigten Eintritt zu kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern  
336 gewährt wird.

337 Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- 338 • konsequente Einbeziehung verschiedener Beiräte und punktueller  
339 öffentlicher Foren
- 340 • erweiterte Information- und Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger\*innen  
341 durch Livestream von öffentlichen Sitzungen, Bereitstellung öffentlicher

342 Dokumente – auch in leichter Sprache, erweitertes Rede- und Fragerecht in  
343 Gremien

344 • eine Steigerung des Frauenanteils in kommunalen Vertretungen durch  
345 veränderte Sitzungszeiten, Kinderbetreuung und der Möglichkeit zur  
346 Elternzeit für kommunale Mandatsträger\*innen

347 • familienfreundliche Verwaltungen, die Vorbildcharakter für die  
348 Gesellschaft haben und allen kommunalen Arbeitnehmer\*innen gleiche Chancen  
349 bieten

350 • die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch Kinder- und  
351 Jugendparlamenten mit umfassenden Beteiligungsrechten

352 • echte Anerkennungskultur für Ehrenamtliche

### 353 **Zukunft in sozialen Kommunen**

354 Der soziale Zusammenhalt ist der Kitt unserer Gesellschaft. Die Kommunen als  
355 Träger der sozialen Wohlfahrt haben großen Anteil daran, dass sich die Menschen  
356 in ihren Gemeinden ernst- und wahrgenommen und wertgeschätzt fühlen. BÜNDNIS  
357 90/DIE GRÜNEN streiten dafür, dass Kommunen diese Aufgabe für die Gesellschaft  
358 nicht allein im Rahmen von Pflichtaufgaben erfüllen. Der offensive Blick auf  
359 soziale Probleme und die Unterstützung freiwilligen Engagements sind uns gerade  
360 im Hinblick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels ein großes  
361 Anliegen. Die konkrete Verbesserung der Lebensqualität kann dazu beitragen die  
362 Spaltung der Gesellschaft zu verringern, Menschen im Land und auf dem Land zu  
363 halten und Demokratieverdrossenheit etwas entgegenzusetzen.

364 Das gilt besonders für Initiativen in der Jugendhilfe. In Zeiten immer knapperer  
365 kommunaler Haushalte müssen Jugendhilfe- und Freizeitangebote wie  
366 Pflichtaufgaben betrachtet werden. Die Einbindung Heranwachsender in unsere  
367 Gesellschaft und die Gemeinschaft vor Ort ist die Chance, sie in ihrer Heimat zu  
368 halten.

369 Wir wollen, dass Kommunen sozialräumlich planen und gestalten, um Problemen  
370 angepasst und sinnvoll vorzubeugen und zu begegnen.

371 Vereine wollen wir möglichst finanziell unterstützen, denn sie spielen eine  
372 wichtige Rolle für Zusammenhalt der Gesellschaft. Beratungsstellen für jegliche  
373 Lebenslagen sollten für alle gut verteilbar in Sachsen-Anhalt vertreten sein.  
374 Auch Frauenhäuser müssen mit ausreichender Platzanzahl und sicherer Finanzierung  
375 für Frauen erreichbar sein.

376 Wir sind besorgt über die immer schwieriger werdende gesundheitliche Versorgung  
377 in Sachsen-Anhalt. Kommunen und Kreise sollen mit regionalen  
378 Gesundheitskonferenzen Lösungen finden, um die bedarfsgerechte  
379 Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Kommunale Kliniken sind in kommunaler  
380 Trägerschaft zu halten und können mit medizinischen Versorgungszentren und  
381 eingebetteten Pflegeambulanzen einen wichtigen Beitrag auch bei der ambulanten  
382 medizinischen Versorgung leisten. Wir setzen auf Pflege im Quartier und nehmen  
383 die Kommunen in die Pflicht, Wohn- und Betreuungsformen zu erproben und zu

384 gestalten, die Menschen jeden Alters ein gemeinsames Leben in den Kommunen  
385 erlaubt.

386 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten auch für inklusive Kommunen ein. Wo immer möglich  
387 sollen Barrieren abgebaut und Hilfen aufgerüstet werden.

388 Wohnen – auch in Innenstädten – muss für jeden Geldbeutel erschwinglich sein.  
389 Deshalb soll der soziale Wohnungsbau gefördert werden, wobei für uns Umbau vor  
390 Neubau steht.

391 Kommunaler Grund und Boden als nicht vermehrbares Gut darf nur in begründeten  
392 Ausnahmefällen verkauft werden. Statt dessen ist eine Vergabe in Erbbaupacht zu  
393 favorisieren.

394 Wir setzen auf die Integration von Migrant\*innen in Sachsen-Anhalt. Die gelebte  
395 und vielfältige Willkommenskultur der letzten Jahre hat gezeigt, dass die  
396 Kommunen dabei in vielen freiwilligen Initiativen starke Partner haben. Diese  
397 Initiativen brauchen Unterstützung und Wertschätzung für ihre Arbeit. BÜNDNIS  
398 90/DIE GRÜNEN wissen, dass Spracherwerb und die Chancen einer funktionierenden  
399 Nachbarschaft die Schlüssel zum Ankommen in unserer Gesellschaft sind.

400 Sprachkurse müssen in ausreichender Zahl angeboten werden und so gestaltet sein,  
401 dass auch besondere Zielgruppen wie Mütter oder Familien dafür erreichbar sind.

402 Wir wollen, dass Migrant\*innen dezentral untergebracht werden, damit Kontakt  
403 möglich und Berührungsangst abgebaut wird.

404 Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- 405 • eine starke Jugendhilfe
- 406 • regionale Gesundheitskonferenzen
- 407 • kommunale Krankenhausträger auch als Lösung für ambulante  
408 Versorgungprobleme
- 409 • inklusive Kommunen
- 410 • erschwingliches Wohnen
- 411 • Integration von Geflüchteten

## 412 **Zukunft mit Veränderung der Bildungslandschaft –** 413 **Die Herausforderung heißt „Bildung für Alle“**

414 Bildung geschieht vor Ort. Sie findet konkret in den Kitas, Schulen,  
415 außerschulischen Bildungseinrichtungen, Vereinen, in der Erwachsenenbildung und  
416 in Seniorenkollegs statt. Die kommunalpolitischen Rahmenbedingungen geben dazu  
417 nur ungenügend Unterstützung. Die Veränderung, die wir für beste Bildung  
418 benötigen, liegt vor allem in den Köpfen der Verantwortlichen. Wie kann Bildung  
419 gemeinsam gelingen? Wie können wir konkret vor Ort kooperieren, damit eben aus  
420 formalen Zuständigkeiten verantwortliches Handeln für eine gute Bildung  
421 erwächst?

422 In Kitas wird heute spielend gelernt. Bildungspläne sind auch hier angekommen,  
423 um gerade in den ersten Lebensjahren Sprache, Zahlen und Gesellschaft für Kinder  
424 erlebbar zu machen. Dazu müssen ausreichend Kitaplätze zur Verfügung stehen.

425 Schulen sind nicht nur Orte des Lernens, sondern auch des Lebens, denn sie  
426 stellen häufig ein Zentrum der Gemeinden dar. Sie öffnen sich zur Gesellschaft,  
427 Vereinen und verschiedenen Kooperationspartnern wie Bibliotheken oder  
428 Umweltverbänden. Schulen sollten in Zukunft von 7 bis 21 Uhr offen sein und  
429 allen Menschen im Quartier eine Möglichkeit geben, Bildung mitzugestalten.  
430 Stadtteilbibliotheken können in Schulen beheimatet sein und zum Lesen anregen.  
431 Vereine könnten Schulen abends nutzen.

432 Die Entscheidungen für eine ausgezeichnete Schulkultur, in der sich besser  
433 lernen lässt, fällt in der Schule – beim Schulleitungsteam und in der  
434 Schulgemeinschaft. Dazu benötigen Schulen in Zukunft mehr  
435 Entscheidungskompetenzen – für Personal und Finanzen.

436 Die Kooperation mit der Jugendhilfe sollte strukturiert angegangen werden. Wir  
437 müssen weg von „Einzelfalllösungen“ in der Jugendhilfe. Nicht wenn das Kind  
438 sprichwörtlich in den Brunnen gefallen ist, d. h. wenn es Probleme mit z. B.  
439 Drogen hat, benötigen wir die Drogenberatung, sondern präventiv, vorausschauend,  
440 muss Drogenberatung stattfinden. „Gruppenangebote“ in Schulen anzubieten ist  
441 dabei die Strategie. Alle Schüler\*innen können bei Bedarf die Drogenberatung,  
442 die ein Büro oder eine Beratungszeit in der Schule hat, niedrigschwellig  
443 wahrnehmen. Dazu benötigen wir mehr guten Willen als gesetzliche Änderungen und  
444 zwar in den Landratsämtern, Kreistagen, Stadtverwaltungen und Stadträten.  
445 Kommunale Bildungspläne helfen dabei zu erkennen, wo es schon ausgezeichnete  
446 Kooperationen gibt und wo Kooperationen noch ausgebaut werden müssen.

447 Schulen sollen auch baulich Orte sein, wo Menschen sich wohlfühlen können.  
448 Ökologische Baurichtlinien sind dabei zu beachten und transparente Bauweisen  
449 sind zu bevorzugen. Flächen des Lernens statt Klassenräume sind eine  
450 Möglichkeit, Schulen ruhiger zu gestalten. Klassenräume dürfen transparent  
451 gestaltet sein.

452 Wir benötigen eine noch bessere Schulbeförderung. Sie muss sich nach den Kindern  
453 richten und nicht die Kinder an die Anbieter der Schulbeförderung. Ehrenamtliche  
454 Schulbegleiter\*innen können das Miteinander im Bus und an der Bushaltestelle  
455 befördern. Verbesserungen benötigt es auch im Bereich der Beförderung von  
456 Auszubildenden. Große Firmen müssen daher an den öffentlichen Nahverkehr  
457 angeschlossen werden.

458 Sowohl in den Städten als auch auf dem Land muss eine sichere Erreichbarkeit von  
459 Schulen und Ausbildungsstätten mit dem Fahrrad gewährleistet sein. Hierzu sind  
460 ein Radverkehrsnetz und sichere Abstellmöglichkeiten zu schaffen.

461 Veränderung gibt es auch in der Erwachsenenbildung. Lebensbegleitendes Lernen  
462 wird angesichts des gesellschaftlichen Wandels selbstverständlicher. Viele  
463 Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind niedrigschwellig. Alphabetisierung und  
464 Grundbildung ist eine der Schlüsselfragen der Weiterbildung. Die Digitalisierung  
465 der Gesellschaft führt zu einem höheren Bedarf von Schriftsprache. Auch in  
466 Unternehmen kann diese Grundbildung angeboten werden. Die Universitäten und  
467 Fachhochschulen sind Teil der Stadtgesellschaft und viele Kooperationen mit  
468 Unternehmen und Weiterbildungseinrichtungen finden statt. Ehrenamtliches

469 Engagement von Studierenden ist eine Möglichkeit, um Hochschulen mit  
470 Stadtgesellschaft zu verbinden.

471 Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- 472 • ausreichend Kitaplätze
- 473 • dem Bedarf entsprechende Plätze in den Grundschulen
- 474 • die Öffnung von Schulen zum Gemeindeleben
- 475 • mehr Entscheidungskompetenzen für Schulen
- 476 • ökologischen Schulbau
- 477 • verbesserte Schul- und Auszubildendenbeförderung
- 478 • Verbesserungen in der kommunalen Erwachsenenbildung

## 479 **Zukunft mit Kultur in den Kommunen**

480 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Förderung eines „Kultursommers“ für Dörfer und  
481 kleine Städte. Die Herausforderung in der Kultur besteht in der Angleichung der  
482 Lebensverhältnisse von Stadt und Land. Die städtische Kulturförderung soll  
483 weiter ausgebaut werden – seien es Theater, Konzertsäle oder Puppentheater,  
484 Ausstellungsräume, Galerien oder Museen. Kultur soll für Kinder, Jugendliche und  
485 alle Bürger\*innen niedrigschwellig zugänglich sein. Barrierefreiheit ist auch hier  
486 ein großes Thema. Wir setzen auf alle Formen der Kultur, um die zivile  
487 Gesellschaft zu stärken. Soziokulturelle Zentren wollen wir stärken. Sie sind  
488 Orte der Begegnung und Beteiligung.

489 Tierparks und Zoos gehören auch zur kulturellen Landschaft. Eine artgerechte  
490 Haltung von Wildtieren im Zirkus ist nicht möglich. Bis auf Bundesebene ein  
491 solches Haltungsverbot beschlossen wird, wollen wir auf kommunaler Ebene alle  
492 Möglichkeiten nutzen, um bessere Bedingungen für Zirkustiere zu erreichen. Wir  
493 fordern die Kommunalverwaltungen auf darauf hinzuwirken, dass das die  
494 Zurschaustellung von Wildtieren in Zirkussen in den Kommunen nicht möglich ist.

495 In den Kommunen findet die EU jeden Tag statt. Am sichtbarsten wird das, wenn  
496 Straßen und Gebäude mit Förderprogrammen der EU errichtet werden. Doch auch  
497 durch Städtepartnerschaften wird die EU erlebbar. Menschen kommen sich über  
498 Landesgrenzen hinweg näher, schließen Freundschaften und es entstehen Projekte,  
499 von denen alle profitieren. Das unterstützen und fördern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.  
500 Außerdem unterstützen wir den Vorschlag der Europäischen Kommission, Städte und  
501 Regionen, die beispielsweise ihre Bereitschaft erklären, Geflüchtete aufzunehmen  
502 oder besondere Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele umsetzen, durch  
503 europäische Fördermittel stärker und direkt ohne den Einfluss der  
504 Nationalstaaten zu unterstützen.

505 Förderung von Breitensport und sportlichen Freizeitangeboten sind für BÜNDNIS  
506 90/DIE GRÜNEN von großer Bedeutung. Sportstätten müssen zur Verfügung stehen,  
507 entsprechend ausgestattet und gepflegt sein. Wichtig ist außerdem die Erhaltung  
508 öffentlicher Sportanlagen mit Investitionen in Nebengebäude (Instandhaltung,

509 funktionierende Toilettenanlagen). Turnhallen sollen schrittweise energetisch  
510 saniert werden. Auch Räume für Nischensportarten sollen zur Verfügung stehen.  
511 Wir unterstützen besonders Vereine, die die gegenüber einer gendergerechten  
512 Sportförderung aufgeschlossen sind. Zudem begrüßen wir die Zusammenarbeit des  
513 eSport-Bundes Deutschland e.V. und dem Fußballverband Sachsen-Anhalt. Dabei  
514 unterstützen wir das Engagement eSports in traditionellen Sportvereinen zu  
515 implementieren.

516 Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- 517 • den Ausbau der städtischen Kulturförderung
- 518 • die Stärkung soziokultureller Zentren
- 519 • ein Wildtierverbot für Zirkusse
- 520 • die Verstärkung von Städtepartnerschaften im EU-Raum
- 521 • den Erhalt und die Pflege von Sportstätten
- 522 • die gesellschaftliche Anerkennung und Etablierung von eSports